



**Begrüßung und Rede
von DLT-Präsident Reinhard Sager
auf der DLT-Jahrestagung
am 9.9.2024 in Seeon**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte an dieser Veranstaltung Mitwirkende,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich darf Sie herzlich zur 76. Jahrestagung des Deutschen Landkreistages im malerischen Seeon begrüßen. Ich freue mich, dass Sie den mitunter weiten Weg auf sich genommen haben.

Wir fühlen uns geehrt, sehr geehrter Herr Dr. Söder, dass Sie heute zu uns sprechen werden. Außerdem freuen wir uns, im Kloster Seeon tagen zu können. Es ist zweifellos ein besonderer historischer Ort. Der Träger der gesamten Klostereinrichtung ist übrigens der Bezirk Oberbayern, der auch Mitglied im DLT ist. Begrüßen möchte ich auch unseren Vizepräsidenten Landrat Karmasin – auch ihm gilt mein Dank für seinen Beitrag zum Gelingen dieser Jahrestagung.

Bei unserer Jahrestagung im vorvergangenen Jahr in Neuhardenberg habe ich meine Ausführungen mit dem Bezug zur gerade überstandenen Pandemie begonnen. Heute ist Corona kein dominantes Thema mehr, aber gleichwohl sind wir auch heute weit davon entfernt, von „Normalzeiten“ sprechen zu können: Zu groß sind die politischen Herausforderungen, zu unruhig die politische Landschaft, zu beunruhigend die jüngsten Wahlentscheidungen und zu kritikwürdig das Agieren der Regierungskoalition in Berlin.

Und dennoch: Mit unserer Jahrestagung will der Deutsche Landkreistag nicht nur meckern, kritisieren und anprangern, sondern auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und zur Einordnung des Geschehens beitragen. Das sind Sie von uns so gewöhnt. Vizekanzler und Bundesminister Dr. Habeck wird uns angesichts seiner erforderlichen Anwesenheit bei der Haushaltswoche in Berlin gegen 17:30 Uhr per Video zugeschaltet sein und die Perspektive der Bundesregierung in unsere Tagung einbringen.

Wir freuen uns auch, lieber Christian Bernreiter, dass Du uns von der bayerischen Regierungsbank Deine Sicht auf die aktuellen politischen Fragen auf Landes-, aber auch auf Bundesebene präsentierst. Du bist nun Vorsitzender der Bauministerkonferenz, vor allem aber warst du 20 Jahre lang Landrat des Landkreises Deggendorf und acht Jahre lang Mitglied des Präsidiums des Deutschen Landkreistages.

Wie Sie es vom DLT kennen, werden wir Ihnen aber nicht nur politische Einschätzungen und Reflexionen liefern. Wir sind auch tief verbunden mit der wissenschaftlichen Analyse und juristischen Durchdringung. Insofern sind wir dankbar, mit Ihnen, Herr Professor Korte, einen der profiliertesten deutschen Politikwissenschaftler zu Gast zu haben, der uns dabei helfen wird, die angesprochenen unruhigen politischen Zeiten zu fassen, zu erklären und bei der Einordnung zu helfen. Morgen fügt dann der von uns sehr geschätzte Professor Burgi noch die juristische Perspektive hinzu, worauf wir uns ebenfalls sehr freuen.

Und wenn der DLT zur Jahrestagung einlädt, wissen Sie schließlich, dass es im Kern immer um kommunale Kraft und dezentrale Verantwortung gehen wird. Da dürfen die kommunal getragenen Sparkassen natürlich nicht fehlen. Das wird uns der Redebeitrag des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und langjährigen Landrats Professor Reuter am morgigen zweiten Veranstaltungstag verdeutlichen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Veranstaltung trägt den Titel „Herausforderungen für die Landkreise in der Zeitenwende“. Dieses Tagungsmotto war leicht gefunden, beschreibt es doch eine

tiefgreifende Veränderung in der deutschen Politik und Gesellschaft, die durch die veränderten geopolitischen Realitäten und die Notwendigkeit einer Anpassung an neue Herausforderungen ausgelöst wurde. Diese Veränderungen betreffen insbesondere die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Energiepolitik, die Außenpolitik, die Wirtschaftspolitik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Begriff wurde vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 geprägt.

Was dann folgte, war allerdings dem Begriff „Zeitenwende“ nicht angemessen. Das hat in weiten Teilen der Bevölkerung vor allem zu zweierlei geführt: Verunsicherung und Ernüchterung. Die angekündigten umfassenden Veränderungen, steigende Energiepreise, höhere Lebenshaltungskosten und die neuen Herausforderungen haben Sorgen und Ängste ausgelöst und ein Spielfeld für Populisten bereitet. Die vielen Krisen, einschließlich der Pandemie und des Ukraine-Krieges, aber auch hausgemachte Probleme wie eine bezahlbare Pflege, funktionierende Infrastruktur, gute Bildung oder erreichbare Gesundheitsversorgung stellen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine harte Probe. Dies auch, weil die Berliner Politik auf vielen Feldern nicht geliefert hat, sondern über wohlfeile Ankündigungen nicht hinausgekommen ist. Zudem ist der wirtschaftliche Abschwung nicht zu übersehen und verunsichert Mittelstand und Arbeitnehmerschaft.

Diese Verunsicherung erfasst auch die Landkreise. Dies gilt nicht nur für die Flüchtlingsfrage. Auch die unmittelbar greifbare Repräsentanz des Staates in der Fläche steht im Fokus. Hier kommt es leider immer öfter zu Übergriffen, Bedrohungen und zu „politischem Stalking“ kommunaler Amtsträger. Aber wir ducken uns nicht weg!

Kommunalpolitiker sollten sich zum Beispiel in den Sozialen Medien immer klar positionieren, keine Frage. Sie sollten dabei aber immer auch integrierend wirken, den Zusammenhalt vor Ort stärken. Wir Landkreise sollten uns gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche begreifen. Es gilt, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken.

Von ihnen und uns hängt viel ab. Die Landrätinnen und Landräte müssen standhaft bleiben. Sie sind auch Brückenköpfe der Demokratie und des Rechtsstaates. Hierzu hat es der Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt, Landrat Ulrich, prägnant auf

den Punkt gebracht, indem er zur Rücktrittsankündigung des Landrats von Mittelsachsen schrieb:

„Wem überlassen wir unser Land, unsere Landkreise, unsere Städte und Gemeinden, wenn wir zurücktreten, weil wir als gewählte Landräte, Bürgermeister oder Ehrenamtliche in den Kommunen vor Hass und Hetze, vor Bedrohungen und Eingriffen in unsere Privatsphäre zurückweichen? (...) Manchmal kommt man ans Ende seiner Kräfte, dann muss man sich schützen. Für richtig halte ich den Rücktritt nicht. Wir Landräte müssen Brücken bauen unter demokratischen Kräften, viel erklären, dem Volk genau zuhören, ohne alles zu kopieren. Und wir sind Scharnier zwischen Wahlvolk und Verwaltung, vor allem aber Kämpfer für unsere Demokratie vor Ort und für die freiheitliche-demokratische Grundordnung.“

Genauso ist es!

Es ist wahr, dass in Kreistagen, Gemeinderäten und Landtagen im Osten Deutschlands populistische bis hin zu extremistischen Parteien Wahlergebnisse von mitunter 30 % erzielen. Das lässt sich nicht beiseitelegen, keinesfalls. Aber die Kommunalpolitik darf sich eben davon auch nicht treiben lassen und sich in eine Opferrolle begeben. Es müssen demokratische Mehrheiten gefunden werden – und das ist bei der jüngsten Wahl der Kreistagsvorsitzenden überall gelungen. Etwas mehr Gelassenheit und weniger Aufgeregtheit sind bei aller Wachsamkeit durchaus ratsam. Unsere Demokratie ist sowohl stabil als auch wehrhaft.

Auch sollten politische Erklärer – in Berlin, den Landeshauptstädten, den Rundfunkanstalten oder der Presse – nicht den einen Fehler machen: nämlich unliebsame Wahlergebnisse so zu deuten, als hätten die Leute „falsch“ gewählt. Das hilft niemandem. Noch schlimmer sind sogenannte „Demokratieförderprojekte“ für Ostdeutschland, von der Bundespolitik aufgelegt. Diese taugen ausschließlich dazu, die Wahlentscheidungen als Hauptbestandteil demokratischer Verfasstheit zu relativieren. In diese Falle sind leider viele hineingetappt. Stattdessen wäre hier das richtige Rezept: eine vernünftige Politik insbesondere für die Menschen in den ländlichen Räumen und nicht eine Verknüpfung von Tatenlosigkeit und anschließender Wählerbeschimpfung.

Die Politik muss mehr liefern, besser kommunizieren und darf sich nicht ständig verheddern im Klein-Klein. Dafür geht es um zu viel. In der Verunsicherung der Zeitenwende ist es umso mehr Aufgabe der Politik, Wege zu finden, diese Unsicherheiten abzubauen und das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken. Das kann durchaus auch mit notwendigen Zumutungen verbunden sein, wenn sie denn langfristig Besserung versprechen. Der Blick auf 1982/1983 kann uns insoweit eine Lehre sein. Als Schleswig-Holsteiner erinnere ich mich daran, wie Gerhard Stoltenberg seinerzeit glaubwürdig Wege und Instrumente aus Krise und andauernder Lethargie gefunden hat.

Auf was kommt es heute an? Spätestens die Ergebnisse der Landtagswahlen im Frühjahr und Herbst 2016 – und das ist auch schon wieder acht Jahre her – haben gezeigt, dass sich viele Menschen in ländlichen Räumen zunehmend abgehängt fühlen und ihre konkreten Erwartungen an staatliches Handeln nicht angemessen berücksichtigt finden. Jetzt ist es in Sachsen und Thüringen noch einmal dicker gekommen.

Zwar wurde eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. Diese tagte aber nur ein einziges Mal. Daneben erarbeitete der Sachverständigenrat „Ländliche Entwicklung“ zahlreiche Stellungnahmen. Allerdings hapert es bis heute am nachhaltigen Umsetzungsinteresse der Regierung. Besonders wichtig war es dem Bund dabei 2019 (eigentlich),

1. mehr Leben in die ländlichen Räume zu bringen und zugleich die hohen Kosten des Wachstums und der Verdichtung der Städte zu senken,
2. den ländlichen Raum mit einer finanziellen Stärkung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ besser zu unterstützen und
3. ein leistungsfähiges öffentliches Mobilitätsangebot nicht nur entlang der Hauptachsen sicherzustellen.

Bei allen Gesetzesvorhaben sollte außerdem besonders geprüft werden, welche Wirkungen sie auf die Chancengerechtigkeit der Menschen in Stadt und Land haben.

Gemessen an diesen Versprechen fallen die Ergebnisse nach fünf Jahren sehr übersichtlich aus. Es lässt sich etwa beim Heizungsgesetz, bei 49-Euro-Ticket oder in der

Krankenhausversorgung sowie im Wohnungsbau nicht ernsthaft behaupten, dass die Bundespolitik nach diesen Zielvorstellungen gehandelt hat. Hinzukommen unzumutbare Stellungnahmefristen für die kommunalen Spitzenverbände und ihre Mitglieder, bei denen wir mittlerweile ernsthaft daran zweifeln, ob die Bundesregierung wirklich Wert auf die Einbeziehung des kommunalen Sachverständes der Verwaltungspraxis legt.

Beim **Deutschlandticket** wurschteln sich Bund und Länder von Jahr zu Jahr durch und stricken finanzielle Übergangslösungen. Gleichzeitig schrecken die Länder davor zurück, die Landkreise als ÖPNV-Träger über einen Anwendungsbefehl dauerhaft zu verpflichten – natürlich deshalb, weil sie die damit verbundenen Konnexitätsverpflichtungen scheuen. Insofern ist alles beim Alten, will man meinen; dieses Spielchen kennen wir ja zur Genüge. Die Gekniffenen sind wieder einmal die Landkreise und die Sache selbst, der ÖPNV: Entweder wird der Preis nicht zu halten sein oder aber das Ticket wird es nicht dauerhaft geben können. Oder wir streichen wie bereits jetzt immer mehr Strecken. Müßig zu erwähnen, dass der Deutsche Landkreistag schon seit Anfang der Diskussion auf die Absurdität des Projektes hingewiesen hat. Es kann eben nicht klappen, erst einen Schleuderpreis festzulegen, das Ganze nicht durchzufinanzieren und damit sehenden Auges in den Abbau von Infrastruktur hineinzulaufen. Damit zerstört die Bundespolitik das Vertrauen der Menschen in seriöse staatliche Gestaltung.

Gleiches gilt für die anstehende **Krankenhausreform**. Auch sie wird die Menschen in den Landkreisen direkt betreffen, und zwar in negativer Weise. Zwar hat der Bund noch immer nicht die von uns geforderte Auswirkungsanalyse vorgelegt. Aber man muss kein Prophet sein, um jedenfalls generell abzusehen, was da auf uns zukommt: ein Abbau bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen. Wir befürchten, dass am Ende in den Landkreisen vorwiegend nur noch die sog. „Sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen“ bestehen werden. Das können in einzelnen Gebieten durchaus leistungsfähige medizinische Einrichtungen sein. Sie sind aber längst nicht überall geeignet, gerissene Lücken in der Krankenhauslandschaft zu füllen.

Vor allem aber: Die Bundespolitik verweigert seit fast zwei Jahren den Krankenhäusern die notwendige ausreichende Finanzierung. Dies führt dazu, dass

flächendeckend fast alle Krankenhäuser in den Roten Zahlen sind. Die Landkreise in Deutschland bringen allein für ihre eigenen Krankenhäuser im Jahr 2024 einen Betrag von mindestens zwei bis drei Milliarden Euro auf, um diese vor der Insolvenz zu bewahren. Das sind Gelder, die für andere ebenso wichtige, aber eigene Aufgaben der Landkreise nicht zur Verfügung stehen. In einem solchen Szenario eine Reform durchzuziehen, ist weder sachlich noch politisch nachvollziehbar. Zuerst muss die Liquidität gesichert werden!

Auf unser völliges Unverständnis trifft auch die **Reform des Rettungsdienstes**. Dafür ist entgegen den ursprünglichen Absichten kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mehr geplant. Vielmehr will der Bundesgesundheitsminister nun über Fraktionsänderungsanträge im laufenden Verfahren zur Notfallreform Beteiligungsrechte umgehen und auf Abstimmungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verzichten. Auch das ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der Kommunen, deren fachlich berechtigter Kritik man offenbar elegant aus dem Weg gehen möchte. Ein weiterer Minuspunkt auf dem Vertrauenskonto der Berliner Politik.

Und dann kürzt die Bundesregierung neuerdings auch noch die Mittel für den **Glasfaserausbau** um 1 Milliarde Euro im laufenden Jahr. Das bedeutet, dass gerade ländliche Gebiete nicht mit Glasfaserleitungen versorgt werden können. Das ist vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse ein absolutes Unding!

Zu diesem Hü und Hott passt auch der Eiertanz der Berliner Koalition beim **Bürgergeld** und bei der **Kindergrundsicherung**. Bei Ersterem dreht sich das Rad nun wieder zurück zum – erfolgreichen – Hartz IV und mehr in Richtung von uns geforderter konsequenterer Arbeitsanreize. Bei Letzterem geht es nur noch darum, den finalen Sargnagel einzuschlagen – zu Recht. Der Punkt ist: Es gibt keine fachliche Linie, nur „Trial and Error“. Das bestärkt die Bevölkerung in ihrem Eindruck, dass Politik situativ handelt und es keine langfristige Perspektive mehr gibt. Das führt wiederum – ich habe es bereits ausgeführt – zu Verunsicherung und entsprechendem Wahlverhalten. Der Deutsche Landkreistag hat hier beständig klare Positionen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration und der Teilhabe von Kindern eingebracht.

Nächstes Thema in dieser Reihe ist die **Migrationspolitik**. Auch hier lässt der Bund Konsequenz, Ordnung und Steuerung vermissen:

1. Die Belastungssituation in den Landkreisen ist ungeachtet der aktuell leicht rückläufigen Asylzahlen nach wie vor zu hoch. Zahlreiche Antragsteller aus dem letzten Jahr warten noch auf ihren Bescheid. Hinzu kommen die rund 1,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist gering und sinkt weiter.
2. Von der im vergangenen Jahr ausgerufenen Rückführungsoffensive ist nur wenig zu spüren.
3. Wir haben keine Kapazitäten für eine gelingende Integration, um die es ja eigentlich gehen sollte.

Neben schnelleren Asylverfahren brauchen wir daher dringend geringere Zuzugszahlen. Dazu dauerhafte Grenzkontrollen und mehr Migrationsabkommen mit Drittstaaten, auch mit der Türkei. Wenn die Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten einen weiteren Beitrag leisten kann, sind wir dafür offen. Auch haben wir mehrfach in die Debatte eingebracht, den subsidiären Schutzstatus abzuschaffen.

Und der Bund versagt uns seit Anfang 2022 den Ausgleich der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten. Da reden wir bis heute über mehr als 7 Milliarden Euro!

Diese Befunde sind ernüchternd, für die Menschen in der Fläche und die Landkreise selbst. Sie sind kein Ausweis nachvollziehbarer und zukunftsgerichteter Gestaltung. So machen wir unser Land nicht fit für die kommenden Dekaden.

Aus Sicht des Deutschen Landkreistages braucht es für unsere Themenfelder drei Dinge, und zwar

1. **Die Erkenntnis, dass Deutschland dezentral geprägt ist und die meisten Menschen in der Fläche leben.** Für diese muss zuallererst Politik gemacht werden. Dabei sind gleichwertige Lebensverhältnisse unsere durchgehende Zielvorstellung.

2. **Eine seriös wirtschaftende Bundesregierung, die bei den Ausgaben vor Prioritätensetzungen nicht zurückschreckt.** Wir können nicht so weitermachen wie bisher mit Haushaltsverhandlungen wie Krimis, nur ohne Leichen, Sonderschulden zulasten künftiger Generationen und strukturell schlecht aufgestellten Sicherungssystemen wie Pflegeversicherung oder Rente.

3. **Die Einsicht, dass ohne ordentlich finanziell ausgestattete Landkreise und Gemeinden kein Staat zu machen ist.** Von den 294 Landkreisen haben im letzten Jahr 189 ihren Haushalt nicht oder nur unter Rückgriff auf ihre Rücklagen ausgleichen können. Das sind zwei Drittel. 2024 werden dies 281, also fast alle Landkreise sein. Vielfach werden die Rücklagen in Milliardenhöhe damit vollständig aufgebraucht sein, so dass auch der Druck auf die Kreisumlage zunehmen wird. Der Gang besonders prekär ausgestatteter Landkreise nach Karlsruhe muss zunächst zum Erfolg werden, dann aber ein Ende haben. Die Länder, aber über die Stärkung der kommunalen Steuerbasis auch der Bund müssen für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Mit einem Siebtel der kommunalen Steuereinnahmen kann man nicht dauerhaft ein Viertel der Ausgaben tragen. Es kann doch nicht sein, dass wir uns vor dem Bundesverfassungsgericht eine kommunale Mindestausstattung erst erstreiten müssen. Das ist der Bedeutung der kommunalen Ebene schlicht unwürdig.

Die föderalen Kräfte müssen gestärkt und dürfen nicht geschwächt werden. Das betrifft auch den **Klimaschutz**. Fortschritte kann es hier nur gemeinsam mit den Landkreisen geben. Wir sehen große Wertschöpfungspotenziale in den ländlichen Räumen zum Beispiel bei der Windenergienutzung oder bei Wasserstofftechnologien. Daneben ist es von enormer Bedeutung, den Hochlauf der Anlagen erneuerbarer Energien mit dem Ausbau und der Modernisierung der Stromnetze zu synchronisieren und die Möglichkeiten der Speicherung voranzutreiben. Zudem muss die Netzentgeltregulierung so ausgestaltet werden, dass nicht die besonders intensiv die erneuerbaren Energien tragenden Landesteile die höchsten Netzentgelte leisten müssen. Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung bei der Energiewende!

Wieder spielt die Musik vor Ort, wo verschiedene Nutzungen miteinander konkurrieren. Nur kommunal kann entschieden werden, ob und auf welchem Ackerboden eine

Photovoltaikanlage stehen darf. Das stärkt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Was hingegen nicht hilft, sind schnellschussartige Änderungen per Bundesgesetz wie der inflationäre Gebrauch des Begriffes „überragendes öffentliches Interesse“ bei Geothermie und Wasserstoff, die kommunale Planungen und Abwägungen konterkarieren. Kritisch sehen wir vor diesem Hintergrund auch die sog. „Superprivilegierung“ beim Bau von Windenergieanlagen. Das höhlt die kommunale Planungshoheit aus und schmälert die Akzeptanz.

Und um schließlich die **Klimafolgenanpassung** zu bewältigen, brauchen wir ein gemeinsames Verständnis darüber, wie sich die Lasten der Umsetzung stemmen lassen. Deiche müssen verstärkt, Ausgleichflächen geschaffen, Moore wieder hergestellt, Wälder aufgeforstet, Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas und Schulen baulich verändert werden. Das kostet Milliarden. Einzelne Förderprogramme genügen nicht. Auch Mischfinanzierungen in Form von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern lehnen wir ohne Wenn und Aber ab: Sie stärken gerade nicht die Aufgabenerfüllung, sondern schließen kommunal gestaltbare, selbstverwaltungsbezogene Tätigkeit aus. Vielmehr sind die Länder aufgefordert, die Landkreise personell und finanziell in die Lage zu versetzen, die mit der Klimafolgenanpassung verbundenen Herausforderungen zu bewältigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Berliner Politik muss sich stärker dafür einsetzen, die Menschen in unserem Land zusammenzuführen und nicht einer gesellschaftlichen Spaltung Vorschub zu leisten. Das lässt sich an einem Ort wie diesem besonders deutlich machen: Es geht um das Miteinander von uns allen, einschließlich aller staatlichen Ebenen.

Da müssen wir müssen wieder hinkommen. Wir müssen alles daransetzen, unser Land weiterzuentwickeln, seine Errungenschaften zu sichern und es für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Ich sehe zu diesem Miteinander, dem wir wieder zu mehr Geltung verhelfen müssen, keine Alternative.

Herr Ministerpräsident, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.